

II-327 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 260 /J

1987-03-27

A N F R A G E

der Abgeordneten PROBST und HINTERMAYER

an den Herrn Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend die geplante Umstellung der Kfz-Kennzeichentafeln

Der Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr plant eine Umstellung der Kfz-Kennzeichentafeln auf reflektierende Nummernschilder. Den Österreichern würden dadurch Kosten in der Höhe von rund 1,5 Milliarden Schilling erwachsen und die Autofahrer hätten unter einer zusätzlichen finanziellen Belastung zu leiden.

Bei der Ankündigung des Bundesministers kann es sich wohl nur um einen "teuren Wahlgag" handeln, da sich der Vorteil der neuen Kfz-Kennzeichen rein auf die Reflexion beschränkt. Das deutlichere Sichtbarmachen eines Fahrzeuges in der Dunkelheit könnte auf eine weitaus günstigere, einfachere und wirtschaftlichere Weise erfolgen, woraus weder für den Staat noch für den Autofahrer Mehrkosten erwachsen würden.

1. Das Anbringen von reflektierenden Folienstreifen an der Hinterseite eines PKWs, würde in Bezug auf die Verkehrssicherheit eine wesentlich effizientere Lösung darstellen, da auch die Begrenzungen (Ecken) des Fahrzeugs markiert werden könnten. Durch die größere reflektierende Fläche könnte eine höhere Rückstrahlwirkung erzielt werden.
2. Die Umstellung auf neue reflektierende Kennzeichentafeln bedeutet für die Republik Österreich eine zusätzliche finanzielle Belastung in der Höhe von rund 1,5 Milliarden Schilling, zu deren Deckung wieder die Autofahrer herangezogen würden. Der Preis für einen reflektierenden Folienstreifen (ca. 15 ÖS) liegt weit unter den Kosten für die Herstellung einer neuen Kennzeichentafel. Außerdem könnte die Montage von jedem Autofahrer in kürzester Zeit selbst durchgeführt werden.

- 2 -

3. Die einheitliche Umstellung der Nummerntafeln würde in Österreich 10 Jahre in Anspruch nehmen und einen immensen Verwaltungsaufwand mit sich bringen. Bis dahin würde es zwei verschiedene Kennzeichen geben. Die reflektierenden Folienstreifen könnten hingegen unbürokratisch und in kürzester Zeit angebracht werden. Z.B. anlässlich der jährlichen Kfz-Überprüfung für die Begutachtungsplakette.
4. Geplant sind Kennzeichen mit schwarzen Ziffern auf einem weißen Hintergrund, die denen der BRD sehr ähnlich sind. Als Fremdenverkehrsland hätten wir damit ein Nummernschild, welches sehr leicht mit dem unserer Nachbarn zu verwechseln wäre. Außerdem wäre dieses Kennzeichen gegenüber den herkömmlichen Nummernschildern in der Dunkelheit schlechter lesbar. Daß es durch die Einführung reflektierender Kennzeichen zu einem Rückgang der nächtlichen Auffahrunfälle um 50 Prozent kommen könne, ist nach wie vor eine bloße Vermutung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit, die durch keine wissenschaftlich-statistische österreichische Untersuchung bis dato bestätigt wurde. Die Breite eines Fahrzeuges läßt sich auch durch rückstrahlende Kennzeichen nicht abschätzen, da - durch die Bauart bedingt - nicht bei allen Fahrzeugen das Kennzeichen genau in der Mitte montiert werden kann.
5. Mit der Herstellung der neuen Kennzeichentafeln soll eine amerikanische Firma in Minnesota beauftragt werden. Der Gewinn aus dieser überflüssigen Aktion würde daher ins Ausland fließen.

Da für die Umstellung auf neue Kfz-Kennzeichen keine dringende Notwendigkeit ersichtlich ist, richten die unterzeichneten Abgeordneten im Interesse aller Autofahrer an den Herrn Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e

1. Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß die Republik Österreich und die Autofahrer neuerlich finanziell belastet werden ?

- 3 -

2. Wie hoch werden die finanziellen Belastungen für die Republik Österreich und jeden Autofahrer sein?
3. Werden österreichische Firmen aus der geplanten Umstellung Nutzen ziehen können?
 - a) Wenn ja, welche?
 - b) In welcher Art und Weise?
 - c) In welchem Ausmaß?
4. Warum wird nicht auf wesentlich kostengünstigere und effizientere Lösungen, wie z.B. die oben genannte, zurückgegriffen?
5. Welche Institutionen haben sich für und welche gegen die Neueinführung ausgesprochen?